Verwaltungsgericht will in den nächsten Tagen über Eilantrag des Bund Naturschutz auf Baustopp entscheiden

Vorentscheidung über Urlas steht an

Nach Bunkerabriss ruhen derzeit bereits die Arbeiten – Baubeginn der ersten 138 Häuser für Ende August geplant

ANSBACH (fri) – Mit Spannung warten derzeit staatliche Behörden, aber auch zahlreiche Bürger, auf eine Entscheidung des Ansbacher Verwaltungsgerichts, die möglicherweise diese Woche noch fallen könnte. Es geht darum, ob der Bau der umstrittenen US-Wohnsiedlung am Urlas vorläufig gestoppt wird oder in vorgesehenem Umfang weitergehen kann. Geplant war, Ende August mit dem Bau der ersten 138 Häuser auf dem ehemaligen Truppenübungsplatz zu beginnen. Derzeit ruhen dort die Arbeiten. „Die Behörden haben einen Baustopp verhängt", sagen die Siedlungsgegner. „Wir waren ohnehin fertig", heißt es dagegen bei der zuständigen Landesbaudirektion.

Trügerische Idylle? Nach dem Abriss der früheren Munitionsbunker ist am US-Gelände am Urlas zunächst wieder Ruhe eingekehrt. Ab dem Spätsommer soll hier aber mit dem ersten Bauabschnitt für die geplante US-Wohnsiedlung begonnen werden. Dagegen hat der Bund Naturschutz geklagt, schon demnächst entscheiden die Richter, ob die Baumaßnahmen vorläufig aufgeschoben werden müssen. *Foto: Albright*

Um das Vorhaben, das im Endausbaustadium insgesamt rund 500 Wohnhäuser und all die Infrastruktureinrichtungen umfassen soll, die eine Siedlung dieser Größenordnung braucht, hatte es seit Bekanntwerden der US-Absichten im Sommer 2006 Auseinandersetzungen gegeben.

Auf der einen Seite stand das offizielle Ansbach. Die damalige Stadtspitze und Stadtrat begrüßten das Vorhaben, den Wohnstandard der hier stationierten US-Soldaten und ihrer Familien zu verbessern einhellig und verwiesen auf die Bedeutung der US-Armee als Wirtschaftsfaktor in Stadt und weiterer Umgebung. Darüber hinaus wurde immer unterstrichen, dass man wegen des Nato-Truppenstatuts als Kommune kaum Möglichkeiten habe, auf den Bau Einfluss zu nehmen, geschweige denn, ihn zu verhindern. „Nur angehört" werde die Stadt zu allen den Bau betreffenden Fragen, hieß es; man könne nur dort Einfluss nehmen, wo direkte Belange berührt seien wie etwa bei der Verkehrsanbindung oder bei der Abwasserentsorgung.

Die Kritiker des Vorhabens hielten dagegen, die Stadt habe noch nicht einmal versucht, Einfluss zu nehmen. Zusammengefunden haben sich in einem Aktionsbündnis gegen den Siedlungsbau Bürger mit teils unterschiedlichen Motiven. Da gibt es die politisch motivierten Gegner der US-Politik, dann Kriegsgegner, die prinzipiell gegen militärische Einrichtungen im Stadtbereich sind und jene Bürger, die vor allem unter der Lärmbelastung durch die Übungsflüge der Hubschrauber leiden. Geklagt gegen den Bau aber hat schließlich der Bund Naturschutz. „Weil unser Landesverband der einzige ist, der dies mit Blick auf Naturschutzbelange auch kann," sagt der Kreisvorsitzende des BN, Bernd Horbaschek (Rothenburg).

Dementsprechend ist die Klage des BN auf diese Fragen abgestellt. Die Vorarbeit dafür haben die Behörden geliefert, gegen deren Pläne jetzt geklagt wird. Akribische Untersuchungen nach dem Naturschutzgesetz, so die ausführende Landesbaudirektion, hätten dazu geführt, dass als Teil der Baumaßnahme etwa 1,1 Millionen Euro allein in Arten- und Naturschutz investiert würden.

Für den BN ist das der falsche Weg. Der Urlas beherberge durch seine jahrelange extensive Nutzung als Militärübungsgelände eine solche Vielzahl von Tier- und Pflanzenarten, dass dem durch Ausgleichsmaßnahmen nicht gerecht werde. Vielmehr müsse das Gebiet in seiner Gesamtheit erhalten werden. Ein Vorwurf in der Klage lautet deshalb, dass Standort-Alternativen im Großraum Ansbach nicht einmal geprüft worden seien. Zudem habe es formale Fehler im Genehmigungsverfahren gegeben und auch der grundsätzliche Bedarf für die Siedlung sei nicht geprüft worden.

Um zu vermeiden, dass der Baubeginn keine nicht mehr zu ändernden Fakten schafft, hat der BN die Klage „in der Hauptsache" wie es im Juristendeutsch heißt, mit einer Eilklage verbunden. Während über die „Hauptsache" möglicherweise erst in ein oder zwei Jahren und das nach ausgiebigen mündlichen Verhandlungen geurteilt werden wird, könnte es über den Eilantrag schon in den nächsten Tagen eine Entscheidung geben, sagt der Pressesprecher des Ansbacher Verwaltungsgerichts, Thomas Kranig, der FLZ. Die zuständige Kammer entscheide dabei ohne mündliche Verhandlung auf Grund der vorliegenden Anträge.

Wie unterschiedlich die Erwartungen daran sind, wurde gestern deutlich. Bei einer Pressekonferenz der Siedlungsgegner *(Bericht siehe dritte Lokalseite)* sagte deren Sprecher, der Stadtrat der Linken, Boris André Meyer, die Behörden hätten wegen der Klage bereits einen Baustopp verhängt. Der in der Landesbaudirektion zuständige Manfred Sendlbeck, dagegen hatte der FLZ auf Anfrage erklärt, derzeit würde am Urlasgelände nicht gearbeitet, weil der Abriss der Bunker abgeschlossen sei und die nächsten Arbeiten erst Ende August beginnen sollten. Der Rechtsanwalt des BN, Volker Dineiger, schließlich erklärte, das Gericht habe die Landesbaudirektion um einen Baustopp gebeten. „Das machen die dann aus Höflichkeit gegenüber dem Gericht", wogegen Manfred Sendlbeck ergänzte: „Wir haben keinen Baustopp verhängt. Aber weil wir ohnehin derzeit nichts tun, haben wir den Verzicht auf Arbeiten erklärt."

Sendlbeck geht davon aus, dass das Gericht die Arbeiten weiterlaufen lassen wird: „Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht und wir glauben, dass wir sie gut gemacht haben." Entspricht die Kammer seinen Erwartungen, würde im Spätsommer mit den ersten 138 Häusern des ersten Bauabschnitts begonnen. Dessen Kosten wurden mit etwa 42 Millionen Euro angegeben. In der Endausbaustufe soll die Siedlung etwa 500 Häuser sowie eine Kirche und Bowlingbahn, Bank, Post und Supermärkte umfassen. Die Kosten dafür werden auf rund 120 Millionen Euro geschätzt. Die Bevölkerung aus Soldatenfamilien werde dann zwischen 1500 und 2000 Köpfe zählen.

Sie lesen heute

Lokales

Ampeln im Sekundentakt
Neue Technik soll Verkehrsfluss in Ansbach verbessern

Landkreis

Viel Kaufkraft aus Württemberg
Dinkelsbühl steht zum Verbund mit dem „Magischen Dreieck"

Westmittelfranken

Studenten-Ansturm auf FHs
Neue Studiengänge als Magneten In Triesdorf droht massive Raumnot

Sport

EM auf Sport Regional
Der letzte Viertelfinalteilnehmer wurde gestern Abend ermittelt